



Regierungsratsbeschluss vom 04. November 2025

Schriftliche Anfrage Bülent Pekerman betreffend Ungleichbehandlung von Bauherrschaften bei Abbruch von Gebäuden

P255353

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Ungleichbehandlung von gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Wohnbauträgern bei der Erteilung von Abbruchbewilligungen ist vom Grossen Rat im Wohnraumfördergesetz (WRFG) beschlossen worden. Durch die Annahme der Volksinitiative «Ja zum Echten Wohnschutz» wurde diese Ungleichbehandlung bestätigt: Für die Erteilung einer Abbruchbewilligung gemäss WRFG wurden zusätzliche Voraussetzungen geschaffen, währenddessen gemeinnützige Wohnbauträger weiterhin abbruchbewilligungsbefreit blieben.

